





Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Presseerklärung

Rossmann kritisiert Driftmann: Bei der Haushaltssanierung die soziale Balance bewahren

„Eine simple Erhöhung der Mehrwertsteuer um 20 Prozent, wie sie Prof. Driftmann für die norddeutsche Wirtschaft zum Zweck der Haushaltssanierung propagiert, ist nun wirklich sehr schlicht und einseitig gedacht.“ Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann kann dieser Forderung jedenfalls nicht nur aus konjunkturpolitischen, sondern auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nichts abgewinnen. Rossmann: „Die weitere Absenkung des niedrigen Mehrwertsteuersatzes z.B. auf Grundnahrungsmittel darf dabei auch nicht der einzige Punkt bleiben, an dem die soziale Balance hergestellt wird.“

Auch die Einführung einer Extra- Abgabe für Besserverdiener hält der SPD- Abgeordnete für unverzichtbar, am besten durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes um mindestens drei Punkte auf 45 Prozent. Rossmann: „Auch beim Subventionsabbau muss der Grundsatz gelten, dass insbesondere die höheren und höchsten Einkommen einen solidarischen Beitrag zur Beschäftigung und zur Zukunftssicherung leisten. Hier stehen jetzt auch die CDU und die CSU in der Pflicht, wenn die Große Koalition wirklich gelingen soll.“

Der SPD-Politiker sieht es als positiv an, dass auch vermehrt Stimmen aus der CDU diese „Linie der sozialen Balance“ mitgehen wollen, wie der saarländische Ministerpräsident Müller oder die CDU-Arbeitsnehmerschaft. Wenn sich die großen Volksparteien hier jetzt nicht auf ein Konzept der gerechten Belastung einigen könnten, sei weiterer Vertrauensverlust vorgezeichnet.

Auch eine neue objektive Betrachtung der Vermögensbesteuerung hält der Abgeordnete dabei für zwingend. Rossmann: „Fasst man Grundsteuer-, Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer zusammen, liegen diese in Großbritannien bei 4,3 Prozent des Bruttonettoprodukts, in Frankreich bei 3,3, in den USA bei 3,2 und in Japan bei 2,8. In Deutschland leisten wir uns hier den Luxus von 0,8 und beschwerten uns gleichzeitig über gewaltige Haushaltsdefizite und fehlende Mittel für Bildung, Forschung und Zukunftsaufgaben. Das passt nicht zusammen.“